

DWS-Symposium 2014

Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?



DWS-Schriftenreihe Nr. 30

Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?

DWS-Symposium 2014

**Herausgegeben vom
Deutschen wissenschaftlichen Institut
der Steuerberater e.V.**



Deutsches wissenschaftliches
INSTITUT der Steuerberater e.V.



VERLAG des wissenschaftlichen
Instituts der Steuerberater GmbH

Titel: Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?

Herausgeber: Deutsches wissenschaftliches Institut der Steuerberater e.V.

Redaktion: RA Dr. Jan Hahlweg

Verlag: Verlag des wissenschaftlichen Instituts der Steuerberater GmbH
Behrenstr. 42
10117 Berlin
Tel.: 030 / 28 88 56 6
Fax: 030 / 28 88 56 70
Internet: www.dws-verlag.de
E-Mail: info@dws-verlag.de

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH,
www.druckcenter.de

ISBN: 978-3-933911-76-6

1. Auflage März 2015

Dieses Produkt wurde mit äußerster Sorgfalt bearbeitet, für den Inhalt kann jedoch keine Gewähr übernommen werden.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind dem Verlag vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Vorwort

Das DWS-Symposium 2014 hat mit der „Selbstveranlagung – Wegfall des Amtsermittlungsgrundsatzes?“ ein zukunftsweisendes Thema gewählt. Es mag auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen, einem verfahrensrechtlichen Thema solch eine Aufmerksamkeit zu schenken; allerdings hat das Symposium gezeigt, welche herausragende praktische Bedeutung diese Frage sowohl für die Steuerpflichtigen als auch für die Steuerberater hat.

Es geht um nichts Geringeres als um die Neustrukturierung des steuerlichen Veranlagungsverfahrens. Damit einher stellen sich Fragen nach den materiellen Konsequenzen und nicht zuletzt danach, was Steuerpflichtige und Steuerberater von der Selbstveranlagung haben.

Die Finanzverwaltung verknüpft die Diskussion um die Selbstveranlagung mit der Einführung oder Erweiterung von Risikomanagementsystemen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die sich vermindernden Personalressourcen. Im Ergebnis darf es jedoch nicht zu einer Abkehr von unserem bisherigen Verständnis der Verantwortlichkeiten im Besteuerungsverfahren kommen.

Bislang hat die Finanzverwaltung – quasi als Herrin des Verfahrens – den Sachverhalt von Amts wegen aufzuklären, wobei der Steuerpflichtige zur umfassenden Mitwirkung verpflichtet ist. Dieses ausgewogene und erprobte System erlaubt es dem Steuerpflichtigen schon in seinen Erklärungen, wenn nötig, eine von der Finanzverwaltung abweichende, aber gesetzeskonforme Rechtsauffassung zu vertreten. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Auch der Inhalt des Wortes „Selbstveranlagung“ ist im Rahmen der Diskussion klärungsbedürftig. Sollte hiermit die Verlagerung der Verantwortung von der Finanzverwaltung auf den Steuerpflichtigen gemeint sein, kann sich der Berufsstand der Steuerberater hiermit nicht identifizieren und lehnt dies ab. Ist aber unter Selbstveranlagung lediglich zu verstehen, dass die Höhe der Steuern von den Steuerpflichtigen selber errechnet und abgeführt wird, wäre das aus unserer Sicht ein diskutabler Weg.

Wir danken Prof. Dr. Roman Seer für seinen Impulsvortrag und Prof. Dr. Heinz-Jürgen Pezzer für die Moderation des Podiums.

Dr. Horst Vinken
Vorstandsvorsitzender
des Deutschen wissenschaftlichen
Instituts der Steuerberater e.V.

Nora Schmidt-Kessler
Geschäftsführerin
des Deutschen wissenschaftlichen
Instituts der Steuerberater e.V.

Inhalt

VORWORT	3
SELBSTVERANLAGUNG – WEGFALL DES AMTSERMITTLUNGSGRUNDSATZES?	7
I. Impulsreferat Prof. Dr. Roman Seer	7
1. Hoheitliche Veranlagung versus Selbstveranlagung	7
2. Paradigmenwechsel: Wandel der hoheitlichen Besteuerung zum Akt kontrollierter Selbstregulierung	10
3. Selbstveranlagung als Ausdruck einer Kooperationsmaxime	12
4. Der Untersuchungsgrundsatz als Prinzip behördlicher Letztverantwortung	13
5. Ausgestaltung des strukturellen Verifikationsprinzips im Selbstveranlagungsverfahren	16
6. Gefahr der Ausweitung der steuerstrafrechtlichen Verantwortlichkeit zu Lasten des Steuerpflichtigen	18
7. Finanzbehördliche Auskunftspflicht als kompensatorische Bedingung für einen selbstregulierenden Steuervollzug	21
8. Selbstveranlagung als Mittel und Anlass zur Verfahrensbeschleunigung	22
9. Selbstveranlagung als Anlass zur Entpönlisierung des Steuerrechts	24
10. Zusammenfassende Thesen	26
II. Einführungsreferate	29
1. Einführungsreferat von Ministerialdirektor Michael Sell	29
2. Einführungsreferat von Dr. Hartmut Schwab	33
3. Einführungsreferat von Prof. Dr. Heribert M. Anzinger	35
III. Podiumsdiskussion	45
IV. Diskussion Auditorium	53

V. Anlagen	73
Anlage 1: DER SPIEGEL, Heft 13/1962: Gehirn ist Kapital	74
Anlage 2: Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 30. Oktober 2014 (Auszug).....	77
Anlage 3: Thesenpapier der BStBK zur Selbstveranlagung	119
Anlage 4: Positionspapier der BStBK – Überlegungen zum Übergang auf die Selbstveranlagung.....	121
Anlage 5: Lebensläufe	139
Anlage 6: Diskussionsteilnehmer	148

LESEPROBE